

Die politische Lage und die K. P. D.



Rede von P. Levy auf dem Oktober-
Parteitag der K. P. D. nebst den vom
Parteitag angenommenen Leitsätzen



Dreis 30 Pfg.

A80-10013

Herausgegeben von der Kommunistischen Partei Deutschlands
Dezember 1919

Rede, gehalten auf der Reichskonferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands

im Oktober 1919.

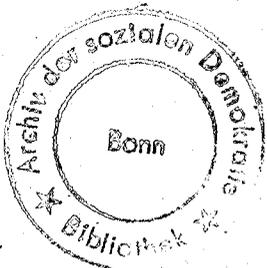
Parteigenossen und Genossinnen!

Der Brief, den Sie soeben gehört haben, und den auch ich mit Ihnen zum ersten Male hörte, wird Ihnen nicht ein Beweis sein dafür, wie gescheit wir in der Zentrale etwa sind, wenn wir Ihnen genau und fast auf den Wortlaut übereinstimmend eine Darstellung der politischen Situation geben, sondern er wird Ihnen beweisen, wie der Marxist auf Grund seiner Methode kritisch urteilt, auf objektiver Grundlage zu objektiven Schlüssen und Zielen kommt. Das gerade ist, was uns unterscheidet von allen anderen politischen Schulen und Politikern, daß wir nicht aus Gefühlen und Stimmungen heraus, sondern mit objektiven Sätzen die objektiven Dinge auf dieser Welt zu erfassen suchen, und daß es uns so glückt, getrennt und ohne Verbindung miteinander jederzeit Gleiches gleich zu beurteilen.

Wenn ich Ihnen ein Gesamtbild der Lage gebe, in die die deutsche Revolution geraten ist, so muß ich zurückgehen auf die wirtschaftliche und politische Lage, aus der heraus die deutsche Revolution entstanden ist.

Der Krieg hat nicht nur die politische Situation Deutschlands in bezug auf die auswärtigen Mächte und in bezug auf die Haltung der verschiedenen Parteien in Deutschland umgestürzt, er hat auch die deutsche Wirtschaft im tiefsten Grunde erfasst und erschüttert. Freilich war das Bild, das der Krieg zunächst wirtschaftlich bot, ein äußerst blühendes. Sie alle kennen die Situation, die man zusammenfaßt unter dem Worte „Kriegskonjunktur“. Das Bild eines äußeren Blühens und Wachsens, äußerlich besahen das Bild einer tropischen Fülle. Ungeheure Mengen an Geld und scheinbarem Reichtum kamen in Umlauf. Die Gewinne stiegen, die Löhne stiegen, die Verdienste der Industrie stiegen in die Millionen- und Milliardenzahlen. Die Fabriken vergrößerten sich. Immer neue Anlagen wurden geschaffen. Große Industrien schlossen sich zusammen. Immer gewaltigere Verbände entstanden selbst während des Krieges.

Aber all die Blüte dieses Bildes welkt, wenn man die Gründe sieht, auf denen diese Blüte beruht. Die Blüte der deutschen Wirtschaft während des Krieges beruhte darauf, daß ein neuer und ungeheurer zahlungsfähiger Kunde an die deutsche Industrie herangetreten war. Zwar war die deutsche Ausfuhr, die vor dem Krieg nahezu auf 11 Milliarden sich belaufen hatte, weggefallen. Aber an seine Stelle war getreten das Deutsche Reich mit einem jährlichen baren Verbrauch, das schon in den ersten Kriegsjahren die 11 Milliarden, die vorher der Weltmarkt aus Deutschland bezogen hatte, von der deutschen Industrie bezog, und das späterhin ein Kunde der deutschen Industrie war, der ein Vielfaches der 11 Milliarden



A80-10013

jährlich bezog. Und das Deutsche Reich war ein guter Kunde. Es zahlte bar, es zahlte mit ungeheuren Summen, es zahlte, ohne nach dem Preise zu fragen, es kam ihm nur darauf an, die Ware zu haben, der Preis war Nebensache.

Die deutsche Industrie unterlag nicht mehr der Konkurrenz des Welt-handels, die deutsche Industrie war dem Deutschen Reiche gegenüber monopolartig vereint, und das Reich fragte nicht nach dem Preise.

Womit aber schuf das Reich die Mittel, mit denen es seinen Warenkonsum bezahlte?

Das Reich gab Kriegsanleihen aus, gab Schatzscheine aus und gab Banknoten aus. Das heißt, das Reich bezahlte nicht mit Gütern, die bereits in der deutschen Volkswirtschaft vorhanden waren, es zahlte nicht mit Vermögen, die es schon in Händen hatte, sondern es zahlte mit seinem Kredit, das heißt zunächst mit dem, was die gegenwärtige Generation dem Reiche lieh.

Die Beträge allein aber reichten nicht. Denn das, was das Reich während des Krieges an Waren kaufte und verbrauchte, kann von der lebenden Generation nicht mehr bezahlt werden. Weit darüber hinaus nahm das Reich Schulden auf, die nicht nur die Arbeitskraft und das Arbeitsprodukt der Lebenden, sondern auch die Arbeitskraft und das Arbeitsprodukt kommender Generationen vorweg belasteten. Das, was die Generationen, die erst geboren werden, an Gütern schaffen werden, ist bereits im voraus belastet mit den Schulden, die das Reich einging, um die Kriegswaren zu kaufen.

Das war der Grund, weswegen die Kriegswirtschaft scheinbar so blühend war. Nicht vorhandene, geschaffene Werte traten an die Industrie heran, um sich in Waren umzusetzen, sondern erst künftig zu schaffende Güter wurden künstlich umgewandelt in Kriegsanleihen, Schatzscheine und Noten, um schon im jetzigen Augenblick als Käufer an die Industrie heranzutreten.

Dazu kam ein anderes, das den Eindruck von Fülle und Wohlstand erweckte. Die Blockade schnürte Deutschland von dem Weltmarkt ab. Deutschland war angewiesen auf die Güter, auf die Rohstoffe und Waren, die in seinen eigenen Grenzen sich befanden.

Und da blieb nichts unbeachtet. Das alte Metall, das irgendwo in einer Ecke rostet, das Kupfer, das schon zum Grünspan sich zu wandeln drohte, der alte Baumwolllumpen, der irgendwo in einer Ecke moderte, jeder abgelegte Ladenhüter, alles wurde wieder hervorgeholt und hineingeworfen in den Produktionsprozeß oder hineingeworfen direkt in den Konsum. Deutschland befand sich im Stadium eines ungeheuren Ausverkaufs, in dem alles, auch das, was schon längst als wertlos aufgegeben war, wieder in Wert gewandelt wurde und nicht nur zu alten Werten verkauft wurde, sondern zu neuen Preisen, die gesteigert waren durch die Abschneidung vom Weltmarkt und durch den Mangel an Rohstoffen überhaupt.

All das wurde in Geld umgesetzt. Die Scheine flogen nur so. Anscheinend wuchs die Geldfülle und der Reichtum. In Wirklichkeit aber war all dieses Häufen von Bergen von Papiergeld nicht ein Zeichen wirtschaftlicher Fülle und Kraft, sondern zunehmender Blutarmut der gesamten Wirtschaft. Die Scheine nahmen zu, die Waren aber nahmen ab und nahmen ab so sehr, daß schließlich eine völlige Blutleere des Wirtschaftskörpers eintreten mußte. Blutleere dann, wenn man unter Blut die Rohstoffe versteht.

Das alles wäre so schlimm nicht gewesen, wenn dieser ungeheure Betrieb gebient hätte der Schaffung produktiver Werte. Denn dann wären all die Ladenhüter und all die Abfälle und all der Fleiß eines Volkes in fünf Kriegsjahren gewandelt worden in Waren, die dem menschlichen Bedürfnis dienen. Es war ja aber Krieg, und alles, was geschaffen wurde, diente nicht dem Hunger und dem Bedürfnis des Menschen, sondern diente dem Hunger und dem Bedürfnis des Kriegsgottes. Alle Waren, geschaffen von eines gesamten Volkes Arbeit in fünf Jahren, wurde auf den Schlachtfeldern im Osten und im Westen im besten Sinne des Wortes verpulvert. Sie gingen als unproduktive Werte in die Luft.

Aus alledem ergibt sich: hinter dem äußeren Bilde der Blüte, das die Kriegswirtschaft bot, steckte der wirtschaftliche und zunehmende Bankrott, und man konnte schon während des Krieges mit aller Bestimmtheit sagen, daß eines Tages der Zeitpunkt kommen müßte, wo die äußere Blüte zusammenbrechen und der latente Bankrott ein offenkundiger werden müsse. Allein schon diese wirtschaftliche Entwicklung hätte das Kriegsende herbeiführen müssen, und die Frage war nur die: was wird rascher das Kriegsende herbeiführen? Die zunehmende wirtschaftliche Zerrüttung oder ein politisch-militärischer Zusammenbruch?

Auf den Schlachtfeldern in Frankreich ist diese Frage entschieden worden. Ehe der wirtschaftliche Bankrott die deutsche Bourgeoisie zum Zusammenbruch brachte, brachen die Armeen zusammen, wurde die deutsche Bourgeoisie politisch und militärisch geschlagen und durch diese Katastrophe zur Beendigung des Krieges gezwungen. Aus dieser politisch-militärischen Katastrophe heraus erwuchs die deutsche Revolution.

Sie alle kennen die Lage der deutschen Revolution im November 1918.

Die Bourgeoisie war von den Schlägen in Frankreich so getroffen, daß sie schier ohnmächtig zu Boden sank. Das Haus von Lüge und Schwindel, das Kartenhaus vom Sieg und der Welteroberung, das Haus der Hohenzollern und der anderen Dynastien brach zusammen. Alles brach zusammen, und in dem großen Zusammenbruch war das einzige, was stehen blieb, das Proletariat.

So wurde der Eindruck hervorgerufen, als habe das Proletariat die Macht erobert, während doch im besten Falle die Lage die war, daß für das Proletariat die Möglichkeit gegeben war, sich die Macht zu erobern, die die Bourgeoisie nach wie vor in den Fabriken, in der Bürokratie, in der Armee mit ihrem Offizierkorps, in den Gerichten, in der Presse, in der Kirche, in der Schule verankert hatte.

Die Frage, ob Proletariat oder Bourgeoisie, wurde nicht am 9. November entschieden, nicht einmal vorübergehend; die Frage wurde am 9. November nur aufgerollt, und erst in den folgenden Wochen und Monaten mußte sich zeigen, welche der beiden Klassen, ob das Proletariat oder die Bourgeoisie, die revolutionäre Erhebung führen könnte zu dem Ziele, das jede dieser Klassen brauchte.

Denn auch die deutsche Bourgeoisie verfolgte mit der Revolution ein gewisses Ziel. Man kann nicht sagen, daß die deutsche Revolution schon am 9. November der Bourgeoisie zuwider gewesen wäre. Auch die deutsche Bourgeoisie glaubte, aus dieser Blüte Honig saugen zu können. Denn nachdem sie politisch-militärisch geschleitet war, war ja dies ihr Plan, durch Änderung der Staatsform und durch Verjagung der Hohenzollern sich billigere Friedensbedingungen zu erkaufen, als sie sonst glaubte erwarten zu müssen. Das Vaterland, d. h. der Geldschrank über den Parteien: mit der Parole marschierte man in den Krieg hinein.

Das Vaterland, d. h. der Geldschrank über den Hohenzollern: mit der Parole hoffte man, aus ihm herauszumarschieren. So war die deutsche Bourgeoisie gewissermaßen in einer Doppelstellung. Einerseits mußte sie die Änderung der Staatsform, die durch die Erhebung des Proletariats herbeigeführt war, festhalten, das heißt insofern auf die Seite der Revolution treten. Andererseits mußte sie das Proletariat verhindern, die Revolution weiter zu treiben als bis zu einer bloßen Veränderung der Staatsform. Sie mußte das Proletariat verhindern, in der Revolution zu schreiten von der Veränderung der Staatsform zur Veränderung der Gesellschaftsform.

Das eine steht fest. In solchen revolutionären Erhebungen kann die eine Klasse die andere nicht durch Zeitungsartikel und Agitationsreden von der Nützlichkeit eines Zieles oder von der Notwendigkeit der Beschränkung auf ein gewisses Ziel überzeugen. War das Proletariat überhaupt einmal in Bewegung geraten, so mußte die Bewegung unwillkürlich hinaustreiben über die Änderung der Staatsform zu dem Ziele, das allein das Ziel einer proletarischen Bewegung sein kann, nämlich die Änderung der Gesellschaftsform. Die Tatsache einer proletarischen Bewegung an sich enthielt die Forderung nicht der Vernichtung der Hohenzollern, sondern der Vernichtung der Bourgeoisie. Und so war die Lage der deutschen Bourgeoisie die, daß sie, um mit Marx zu reden, mit der Waffe in der Hand die Forderung des Proletariats widerlegen mußte.

Diese Verschiedenheit der Ziele, die Bourgeoisie und Proletariat notwendigerweise in der Revolution verfolgen mußten, war dem Proletariat vielleicht zum ersten Male klar in den Dezembermonaten, und die blutige Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat begann in jenen Januartagen in Berlin, in denen zum ersten Male ein großes Massenschlachten von Proletariern erfolgte. Das Ziel jener Kämpfe, diese Widerlegung der Forderungen des Proletariats durch die Waffe, hat Noske auf eine knappe Formel gebracht in seiner Selbstbiographie, in der er zum Schluß sagt: „Am 11. Januar bin ich in Berlin eingedrückt, am 19. Januar konnten die Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin ungehindert stattfinden.“

Das heißt, das Proletariat war soweit zur Reason gebracht, daß es den ersten Schritt zur Beschränkung der Revolution auf das Ziel der Bourgeoisie — dieser erste Schritt waren die Wahlen zur Nationalversammlung — mußte über sich ergehen lassen.

Rundum durchs Reich ging dann diese Auseinandersetzung weiter. Bremen, Berlin, München sind die großen Etappen, die jenen Weg der Auseinandersetzung zeigen. Und in dem Maße, in dem die Auseinandersetzung voranschritt, in dem Maße, in dem die Revolution geschwächt wurde, baute sich die Konterrevolution planmäßig aus. Mit der Fähigkeit zur Organisation, mit der Fähigkeit in der Verfolgung ihres Zieles, die der deutschen Bourgeoisie zu eigen ist, verband sich die Brutalität preußischer Junker und die Niedertracht proletarischer Renegaten. Aus dieser Dreieinigkeit ergab sich ein konterrevolutionärer Organismus von einer Kraft und einer Rücksichtslosigkeit in der Verfolgung seiner Ziele, wie ihn die Weltgeschichte nur in wenig Fällen kennt.

Und doch war während jener Zeit die Lage der deutschen Bourgeoisie keine leichte. Zwar socht sie nach der einen Seite gegen das deutsche Proletariat, aber sie war gezwungen, nach der andern Seite noch immer die Waffen zu halten gegen die Bourgeoisie der Entente. Sie war nicht in der glücklichen Lage, auf der einen Seite die Kelle und auf der andern

Seite das Schwert halten zu müssen. Sie mußte auf beiden Seiten ein Schwert halten, und die Gefahr einer Katastrophe auch von der andern Seite, das heißt von der Seite der Bourgeoisie der Entente, war täglich groß.

Diese schwierige Situation der deutschen Konterrevolution wurde beendet durch den Frieden von Versailles. Der Frieden von Versailles bedeutet, daß, vorläufig jedenfalls, die deutsche Bourgeoisie das Schwert, das sie bis jetzt nach außen richten mußte, niederlegen kann, und daß sie ihre ganze Kraft wenden kann gegen das deutsche Proletariat. Und neben allen anderen Sodsünden, die die Unabhängigen an der deutschen Revolution begangen haben, ist die schwerste, die, die ihnen nicht verziehen werden kann, die, daß sie es waren, die der deutschen Bourgeoisie die Möglichkeit dazu beschafft haben.

Denn die deutsche Bourgeoisie hatte sich auch in dieser Krise noch einmal festgerannt. Um Eindruck auf das Ausland zu machen, hatte sie den nationalen Rummel ins Werk gesetzt, eine nationale Flut herbeigehezt, das wuchs und wuchs und drohte, den ungelehrten und ungelehrten Lehrling zu ertränken.

Die Unabhängigen sind es dann gewesen, die der Bourgeoisie in dieser ihrer höchsten Not geholfen haben, den Schwall zu bannen und die äußere Ruhe zu verschaffen, deren die Bourgeoisie bedurfte, um die deutsche Revolution völlig zu erledigen.

So konnte die deutsche Bourgeoisie dann ungestört den Aufbau der Konterrevolution, den Ausbau der Revolution als Änderung der Staatsform im Gegensatz zur Revolution als Änderung der Gesellschaftsform vornehmen. Die Änderung der Staatsform war beendet mit dem 11. August 1919, dem Tage der Annahme der Verfassung. Wenn Sie die Begrüßungsartikel lesen, die die deutsche bürgerliche Presse vom „Vorwärts“ bis zur „Kreuz-Zeitung“ zu diesem Tage gebracht haben, so werden Sie übereinstimmend die Söhne finden: „Jetzt ist die Zeit der Rechtlosigkeit und Unordnung vorüber, wir leben wieder in einem Rechtsstaate, die neue Staatsform ist in rechtliches Gewand gebracht und also fest gegründet. Die deutsche Revolution ist jetzt beendet.“

Die deutsche Bourgeoisie hätte mit alledem recht, wenn die Krise, aus der heraus die deutsche Revolution erwachsen ist, gleichzeitig beendet wäre. Aber nicht die äußere Erscheinungsform der Revolution ist das Entscheidende: der krisenhafte Zustand, in dem die Gesellschaft sich befindet, entscheidet darüber, ob revolutionäre Bewegungen kommen oder nicht. Oder, wie es Marx ausdrückt: „Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise, ist aber ebenso sicher wie diese.“ Und so ist, wenn wir nach dem weiteren Geschick der deutschen Revolution fragen, die entscheidende Frage die: befindet sich die deutsche Bourgeoisie noch in einer Krise, und welches ist die Tendenz, die diese Krise verfolgt?

Zunächst ist auch nach dem Frieden von Versailles die politische Krise der deutschen Bourgeoisie noch nicht beendet; nur insofern gemildert, als der unmittelbare Gebrauch der Waffen von seiten der Entente ausscheidet. Aber die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und der Bourgeoisie der Entente, sie geht weiter. Sie muß weiter gehen. Denn es ist ein törichtes Gerede, das merkwürdigerweise auch in den Reihen unserer Partei zu hören ist: Deutschland sei als imperialistischer Staat zertrümmert. Deutschland ist ein imperialistischer Staat nach wie vor und muß es so lange bleiben, als es ein kapi-

talistischer Staat ist. Sein imperialistischer Charakter ist derselbe, nur haben unter dem Gewicht der Gründe, die der deutschen Bourgeoisie im Weltkrieg begreiflich gemacht worden sind, Ziele und teilweise Mittel der deutschen Bourgeoisie sich geändert. Das Ziel etwa des großtürkischen Reiches, das Ziel des zentralafrikanischen Kolonialreiches hat die deutsche Bourgeoisie, vorläufig jedenfalls, begraben. Und an die Stelle des Säbelrasseln ist pazifistisches Säufeln getreten. Aber die Entente rechnet mit Deutschland noch nach wie vor als einem imperialistischen Staate und rechnet mit imperialistischen Tendenzen, die diesem Staate eigentümlich sind, und rechnet insbesondere mit der Tendenz des Zusammenschlusses Deutschlands mit einem künftigen, wiederum kapitalistischen und imperialistischen Rußland.

Aus diesem Gesichtspunkte heraus ist zu verstehen die Fähigkeit, mit der die englische Bourgeoisie die deutsche Randstaatenpolitik als Erbe übernommen hat. Die Randstaaten sollen der Wall sein, der künftig Deutschland und Rußland trenne.

Aber nicht nur das. Die Bourgeoisie der Entente will die imperialistischen Tendenzen Deutschlands an sich schwächen dadurch, daß es die deutsche Wirtschaft in weitere Krisen treibt. Und so geht, nachdem der Krieg beendet ist und das gekommen ist, was der Imperialismus Frieden heißt, in Wirklichkeit der Krieg und die Auseinandersetzung zwischen den Bourgeoisien ruhig weiter, und die neuerdings über Deutschland verhängte Blockade zeigt, wie die Entente auf dem Weg der Auseinandersetzung mit Deutschland weiterschreitet.

Daß von dieser neuen Blockade so wenig Wesens gemacht wird, auch in der ausländischen Presse, das hat seine guten Gründe. Die Blockade während des Krieges hatte ja den Zweck, das deutsche Volk moralisch zu erschüttern, und mußte deswegen mit großem Lärm angekündigt werden. Die Blockade jetzt soll aber an Stelle der kriegerischen Auseinandersetzungen treten. Sie soll „friedlich“ wirken. Sie soll geräuschlos den Zweck der Schwächung des deutschen Imperialismus erfüllen. Und darum all die Stille über die neue Blockade.

Bei alledem ist aber die Entente selbst heute nicht mehr der feste Block, als der sie während des Krieges erschien, und als den sie selbst sich heute noch gern zeigen will. Die Sprünge in diesem Block werden täglich deutlicher. All die Gegensätze in der Gruppe imperialistischer Staaten, die gestern die Entente hießen und heute der „Völkerbund“ heißen, und die verkleinert wurden während des Krieges, treten wieder hervor: der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien in den orientalischen Fragen, der Gegensatz zwischen Amerika und den europäischen Mächten in der Frage des Orients, der Gegensatz zwischen England und Amerika, der Gegensatz zwischen Amerika und Japan. Alle diese und noch andere Gegensätze zeichnen sich klar schon wieder heute am Horizonte ab, so daß, ginge die Entwicklung weiter, wir heute schon wieder jenes wunderschöne Bild des Friedens voraussehen könnten, das in diesen Harmonien hineinführt in den nächsten Massenmord.

Aber auch in ihrer Basis stehen die Ententestaaten nicht mehr unerschüttert. Auch dort ist die Wirtschaft durch den Krieg aufs tiefste zerrüttet. Die Preise sind revoltiert. Die Arbeiterschichten sind in Bewegung geraten. Die Bourgeoisie ist zu Konzessionen gedrängt worden, und sie ist heute schon in ungeheure Schwierigkeiten geraten. In welche verzweifelte Situation beispielweise heute schon die Bourgeoisie Englands geraten ist, mag Ihnen folgendes Beispiel sagen.

Infolge der Verkürzung der Arbeitszeit, die die Bergarbeiter in England erzwungen haben, muß der Preis der Sonne Kohlen in England um 6 Schilling gesteigert werden. Diese sechs Schilling Steigerung bedeuten eine Steigerung des Eisenpreises auf 17 Pfund Sterling pro Sonne gegenüber einem Preis von 11 Pfund Sterling pro Sonne in Amerika. Damit ist die ganze große englische Eisenindustrie lahmgelegt. Und so treibt eine Maßnahme und eine Konzession, zu der die Bourgeoisie durch die Arbeiterbewegung gezwungen wird, hinein in Krisen, deren Folgen unabwehrbar sind.

Weiter aber. Auch in den Staaten der Entente ist die Industrie unter der künstlichen Züchtung während des Krieges ungeheuer gewachsen. Die Produktion ist ungemessen gesteigert. Aber die Länder, die bisher die Waren verbrauchten, sind arm geworden. Alle Staaten der sogenannten zivilisierten Welt sind von dem Kriege erfaßt worden, sind verarmt und können nicht mehr als Käufer auftreten.

So ist die große Industrie in Amerika und England völlig verstopft. Sie hat keine Möglichkeit, die Anlagen, die sie erstellt hat, noch weiter zu beschäftigen. Und die Bewegung, die bis jetzt entstanden ist, ist nicht zur Ruhe gekommen. Die Steigerung der Preise in allen Ländern geht weiter. In allen Ländern besteht infolgedessen der Versuch, die Löhne weiter zu steigern, und diese „Schraube“ ohne Ende, von der die deutsche Bourgeoisie jammert, wird schon in allen Staaten gedreht. Im Grunde ist die wirtschaftliche Lage in allen diesen Staaten, über die der Krieg gezogen ist, genau so verzweifelt wie die in Deutschland, die ja schon verzweifelt wäre, auch wenn die besonderen Lasten des Friedens nicht über sie gekommen wären.

Ich will Ihnen im folgenden zeigen, wie diese wirtschaftliche Lage der deutschen Bourgeoisie ist, weil ja aus dieser wirtschaftlichen Lage heraus, neben der politischen, das Schicksal der Revolution sich entscheiden wird.

Zunächst freilich ist eines zu bemerken. Die wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden, ist im Grunde zu unterscheiden von der kapitalistischen Krise, mit der wir sonst als einer periodischen rechnen müssen. Jene periodischen Krisen beruhen darauf, daß die anarchische Produktion den Konsum um ein Vielfaches überschritten hat, daß der Reichtum an Waren die Absatzkanäle verstopft hat, und daß die Industrie stocken muß, bis jene Absatzkanäle wieder frei sind für neu zu schaffende Waren. Die jetzige Krise aber beruht nicht auf Warenüberfluß, sondern auf dem größten Warenhungers, den die Welt vielleicht jemals gesehen hat, auf einer Entblößtheit von Waren aller Art, von der man sich vor dem Kriege kaum eine Vorstellung machen konnte. Und es soll nicht verschwiegen werden, daß diese Katastrophe des ungeheuren Warenhungers der deutschen Bourgeoisie über die wirtschaftliche Krise hinweghelfen würde, wenn überhaupt irgend eine Möglichkeit bestünde, die Krise zu lösen.

Ich will versuchen, die einzelnen Faktoren der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu zergliedern. Zunächst die Finanzlage. Die Schuld des Deutschen Reiches am 1. August 1914 betrug 5,2 Milliarden. Die Schuld des Deutschen Reiches am 1. August 1919 betrug 166 Milliarden. Von diesen 166 Milliarden waren 90 Milliarden fundiert; unfundiert, das heißt in Schatzscheinen und Schatzwechseln begeben, das heißt mit kurzen Fristen einlösbar, waren 76 Milliarden. Die gesamte öffentliche Schuld im Deutschen Reich, das heißt die Schuld von Reich, Einzelstaaten, Kommunen und anderen öffentlich-rechtlichen Verbänden betrug am 1. August

1914 34 Milliarden, am 1. August 1919 218 Milliarden. Zu den 166 Milliarden, die das Deutsche Reich am 1. August 1919 schuldig war, kommen bis zum 31. März 1920 an heute bereits fest voraussehbaren Ausgaben 34 Milliarden, so daß am 31. März 1920 die gesamte Schuld des Deutschen Reiches sich belaufen wird auf mindestens 200 Milliarden. Davon sind im besten Falle 95 Milliarden fundierte und 105 Milliarden unfundierte, das heißt mit kurzen Fristen rückzahlbare Schuld, zusammen mit den bestehenden und noch hinzukommenden Schulden der Einzelstaaten usw., muß man von diesem Zeitpunkt ab mit einer Gesamtschuld von 260 Milliarden rechnen, was pro Kopf der Bevölkerung bedeutet eine Schuldenlast von 4500 Mark gegenüber einer Schuld von 450 Mark pro Kopf der Bevölkerung am 1. August 1914.

Weiter: der Gesamtbedarf des Reiches an Steuern, worin allerdings der größte Teil der Steuern der Einzelstaaten mit einbegriffen ist, wird sich belaufen auf 25 Milliarden pro Jahr, der Gesamtbedarf an Steuern also hiernach pro Kopf auf rund 420 Mark gegenüber 62 Mark vor dem Kriege. Von dem allein schon kann man sagen, daß diese Zahlen sind, deren Verwirklichung als ein Ding der Unmöglichkeit erscheint. Und bei alledem ist noch nicht mit einem Pfennig berücksichtigt das, was Deutschland nach dem Friedensvertrag an das Ausland zu zahlen hat. Von all diesen Verpflichtungen will ich nur die wichtigsten herausgreifen.

Am 1. Mai 1921 ist Deutschland zu zahlen schuldig einen Betrag von 40 Milliarden Mark. Von diesem Betrage gehen allerdings ab zirka 20 Milliarden, die auf diese erste Ratenzahlung in Anrechnung gebracht werden, an Lieferungen, die auf Grund des Waffenstillstandes gemacht wurden (Handelschiffe, Kriegsschiffe, Waffen, Eisenbahnmateriale usw.). Wenn Sie in den letzten Tagen die triumphierende Nachricht in den Zeitungen gelesen haben, daß Deutschland „bereits 20 Milliarden von seiner Kriegsschuld abgetragen habe“, so sind unter diesen 20 Milliarden zu verstehen eben diese Lieferungen auf Grund des Waffenstillstandsvertrages.

Es bleiben also am 1. Mai 1921 zu bezahlen 20 Milliarden in Gold, das heißt nach dem heutigen Kurs einen Betrag von über 100 Milliarden deutsche Mark.

Dazu kommt aber vom 1. Mai 1921 ab eine Verpflichtung zur Zahlung einer zweiten Rate von 40 Milliarden Goldmark. Diese zweite Rate, über deren Auszahlung vorläufig noch nichts bestimmt ist, ist vom 1. Mai 1921 mit 2½ Prozent, vom 1. Mai 1926 ab mit 5 Prozent Zinsen zu bezahlen. 5 Prozent Zinsen von 40 Milliarden in Gold, das heißt nach dem heutigen Kurse eine Summe von weit über 10 Milliarden Mark pro Jahr.

Weiter hat Deutschland beispielsweise sofort zu bezahlen den Betrag, den Belgien den Entente-Staaten schuldig geworden ist aus Vorschüssen während des Krieges. Belgien beziffert diese Zahlen auf 12,7 Milliarden Franken, das heißt nach dem heutigen Kurse etwa 70 Milliarden Mark. Sofort zu bezahlen. Bei allem ist dann noch mit keinem Wort berücksichtigt das, was dahinter steht, die große Restschuld an die Entente, die sich in die Hunderte von Milliarden beläuft, und deren Festschließung überhaupt erst später erfolgen soll.

Mit einem Wort zusammengefaßt: die finanzielle Situation des Deutschen Reiches ist so, daß der finanzielle Zusammenbruch kommen muß, und daß sie nicht etwa heute am schlimmsten ist, sondern daß sie an Schärfe

noch zunehmen muß. Denn selbst auf Grund der Zahlen, die heute vorliegen, wird der kritischste Augenblick für die deutsche Bourgeoisie erst kommen am 1. Mai 1926, dem Tage, an dem sie die Rate von 40 Milliarden mit 5 Prozent wird verzinsen müssen. Womit freilich nicht gesagt ist, daß die übrige Situation des Deutschen Reiches es der deutschen Bourgeoisie erlauben wird, bis zu jenem Augenblick überhaupt durchzuhalten, daß der Zusammenbruch nicht schon aus anderen Gründen vor diesem Zeitpunkt erfolgen wird.

Denn das Bild der wirtschaftlichen Situation wird nicht freundlicher, wenn wir auf andere Gebiete sehen. Zunächst die Frage der Valuta. Für die Frage der Valuta kommt zweierlei in Betracht. Einmal: die Valuta richtet sich nach Angebot und Nachfrage nach Marknoten und -wechseln auf den Börsen, d. h. nach der Verschuldung des Deutschen Reiches an das Ausland, verglichen mit der Verschuldung des Auslandes an Deutschland.

Von einer Verschuldung des Auslandes an Deutschland kann kaum mehr gesprochen werden. Die Auslandswerte, die Deutschland ehemals besaß, sind während des Krieges für Lebensmittel, die gekauft wurden, für Rohstoffe, die eingeführt wurden, usw. längst aufgebraucht. Deutschland hat aufgehört, im Welthandel ein Gläubigerstaat zu sein und ist ein Schuldnerstaat geworden. Die Schulden, die Deutschland im Auslande hat, setzen sich aus zwei Posten zusammen. Einmal die Verschuldung an das Ausland von Seiten der Industrie, der öffentlichen Behörden usw. Sie beläuft sich auf rund 3 Milliarden Goldmark. Dieser Posten ist im wesentlichen ein Posten auf festem Kredit, so daß für die Valuta nur in Betracht kommt der Betrag, den Deutschland jährlich an Zinsen aus dieser Verschuldung zu zahlen hat. Drei Milliarden Goldmark bedeuten aber immerhin nach dem heutigen Geldstand einen Betrag von nahezu einer Milliarde, die jährlich an das Ausland für Zinsen zu zahlen sind. Dieser Betrag allein fällt schon zuungunsten der deutschen Valuta dauernd in die Waagschale.

Dazu kommt aber weiter, daß die Notenschuld, die Deutschland im Auslande hat, das heißt, daß die Noten, die im Auslande schwimmen, und die täglich auf dem Valutenmarkt lasten können, sich auf etwa 15 Milliarden beläuft. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß beispielsweise ein Angebot von wenigen Hunderttausend Mark auf der Börse in Zürich oder in Basel den Kurs der Mark um Prozente werfen kann, und so muß eine Notenschuld von 15 Milliarden für absehbare Zeit den Kurs der deutschen Mark auf dem schlechten Niveau halten oder auf ein noch schlechteres als bisher herabdrücken. Wenn allein die Bewertung der deutschen Mark sich nach Anfrage und Nachfrage richten würde, könnte die Valuta nicht steigen, sie müßte weiter fallen.

Die Bewertung der deutschen Valuta ist aber nicht allein abhängig von Angebot und Nachfrage, sie hängt auch ab von der Bewertung der deutschen Mark, das heißt von dem inneren Werte, den die Mark hat. Ein Tausendmarkschein im Auslande bedeutet die Möglichkeit, Gold oder Waren in einem gewissen Werte aus Deutschland zu beziehen. Nehmen Sie also an, die Summe von Waren oder Gold, die in Deutschland vorhanden ist, sei feststehend — sie ist nicht feststehend, sondern nimmt ständig ab —, so müßte der innere Wert der Mark sich verringern mit jeder Vermehrung des Gesamtumlaufes an Noten, weil mit der Erhöhung des Gesamtumlaufes bei gleichbleibender Gold- oder Warenmenge die Aussicht, Gold oder Waren für den Tausendmarkschein zu bekommen,

sinkt. Nun aber muß bei der fortschreitenden Verschuldung des Reiches die Zahl der umlaufenden Noten weiter steigen; das Reich hat kaum eine Möglichkeit, den Notenumlauf nicht steigen zu lassen oder gar zu senken. So wird auch die innere Entwertung der Mark fortschreiten. Die Valuta muß weiter sinken, und was das bedeutet, ergibt sich dann, wenn Sie bedenken, daß Deutschland, wenn es überhaupt seine Industrie wieder aufbauen will, angewiesen ist auf den Bezug von Rohstoffen aus dem Auslande.

Der deutsche Rohstoffmarkt ist völlig von Waren entblößt. Kein Rohstoff ist mehr vorhanden: Baumwolle oder Wolle, Kupfer oder Gummi, Eisenerz oder Häute, welchen Rohstoff. Sie auch nehmen: es ist bitterste Not an ihm. Wenn Sie ein Beispiel haben wollen, was Einkauf von Rohstoffen auf dem Weltmarkt unter den gegenwärtigen Valutaverhältnissen und bei der Steigerung des Preises aller Rohstoffe auf dem Weltmarkt bedeutet, dann mag Ihnen folgende Zahl dienen.

Die Zahl der Spindeln belief sich vor dem Kriege in Deutschland auf zwei Millionen. Nach Abtrennung, zumal des Elsaß mit seiner großen Textilindustrie, beläuft sich die Zahl der Spindeln noch auf rund 1 1/2 Millionen. Um diese 1 1/2 Millionen zu beschäftigen, müßte Deutschland Baumwolle einführen, nach dem heutigen Werte der Baumwolle und nach dem heutigen Kurse der Mark in Höhe von ungefähr 15 Milliarden gegenüber 500 Millionen, die Deutschland vor dem Krieg an Baumwolle einfuhrte.

Das ist aber die Baumwolle allein. Dazu kommen alle anderen Rohstoffe, die Deutschland aus dem Auslande beziehen muß, und dazu kommt der Rohstoffmarkt auch insoweit, als er nicht auf den Bezug aus dem Auslande angewiesen ist, sondern im Inlande seine Quellen hat.

Ich meine zumal die Situation der Kohle. Es liegt ein Bericht des Bergbauischen Vereins in Essen vor, von dem ich bemerke: er ist nicht etwa bewußt ungünstig; denn er entstand in einer Polemik gegen eine noch weit ungünstigere Auffassung, die ein Mitglied des Bergbauischen Vereins aufgestellt hatte, und die durch diese Berechnung des Bergbauischen Vereins korrigiert werden sollte. Der Bericht ist also eher zu günstig als zu ungünstig.

Danach betrug die deutsche Kohlenproduktion im Jahre 1913 191,5 Millionen Tonnen. Hierzu kam eine Einfuhr von 10,38 Millionen Tonnen, ging ab eine Einfuhr von 31 Millionen Tonnen, so daß für die deutsche Wirtschaft verblieb ein Stock von 170,9 Millionen Tonnen. Davon wurden gefördert in den abgetretenen oder abzutretenden Gebieten 66,9 Millionen Tonnen (speziell Oberschlesien 49,07), so daß auf das Rumpfgebiet berechnet, Deutschland zur Verfügung stünden 104 Millionen Tonnen.

Im Jahre 1913 wurden nun verbraucht: in den abgetretenen Gebieten 55 Millionen Tonnen; im Rumpfgebiet 115,9 Millionen Tonnen. Von diesen 115,9 Millionen Tonnen gehen jetzt ab 43,3 Millionen Tonnen, die nach dem Friedensvertrage jährlich an die Entente zu liefern sind, so daß der deutschen Wirtschaft zur Verfügung stünden noch 82,12 Millionen Tonnen. Das heißt minus 29 Prozent. Von diesen 82,12 Millionen Tonnen entfällt, berechnet nach den Zahlen von 1913, auf Verbrauch der Eisenbahnen, öffentlichen Gebäude, Hausbrand usw. 63 Millionen Tonnen, so daß für die Industrie verbleiben über 19,12 Millionen Tonnen gegenüber 52,9 Millionen Tonnen im Jahre 1913, das heißt minus 64 Prozent.

Genau sind diese Zahlen freilich nicht. Durch Einschränkung bei den

Eisenbahnen, beim Hausbrand usw. wird die Ziffer der 63 Millionen herabgemindert, und der Anteil der Industrie also erhöht werden. Auf der anderen Seite aber wird dieser Anteil wieder verkleinert durch die Tatsache, daß die Förderung an Kohle entfernt nicht die Höhe von 1913, nicht an Quantität und nicht an Qualität, erreicht. Kurzum: schon allein die Lage in der Kohlenversorgung bedeutet das schwerste Asthma für die deutsche Wirtschaft auf unabsehbare Dauer.

Nicht anders auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung. Der deutsche Boden ist ausgefaugt, die landwirtschaftliche Produktion gewaltig zurückgegangen. Deutschland ist wichtiger Produktionsgebiete beraubt. Posen und Westpreußen sind an Polen abgetreten. Ostpreußen ist vom deutschen Wirtschaftskörper abgeschnitten und kann in dem Umfang wie bisher nicht in Rechnung gestellt werden. Noch viel mehr als bisher ist Deutschland auf den Weltmarkt angewiesen. Der Bezug der Nahrungsmittel vom Weltmarkt aber bedeutet neue Steigerung der Preise. Und die Optimisten, die bei der Aufhebung der Blockade Halleluja sangen, daß jetzt die Preise fallen würden, werden inzwischen bemerkt haben, wie die Aufhebung der Blockade nicht ein Fallen, sondern ein Steigen der Preise bedeutet.

Nur eines hat sich an der Hungerleiderei, wie sie während des Krieges war, geändert. Während des Krieges war die Unmöglichkeit, gewisse Nahrungsmittel zu kaufen, eine absolute. Auch für Geld und gute Worte konnte man sie nicht bekommen. Heute ist die Unmöglichkeit eine relative. Es ist nur eine Frage des Geldes, was man kaufen kann oder nicht. Jeder Schaufensterladen spricht heute davon, was man kaufen kann, wenn man Geld hat, und was man entbehren muß, wenn man keines hat.

Nach alledem ist das Bild des deutschen Wirtschaftslebens ein völlig hoffnungsloses. Und die Hoffnungslosigkeit wird insbesondere deutlich dann, wenn man die Hoffnung sieht, die die deutsche Bourgeoisie sich selbst macht. Zwei Hoffnungen hat sie noch. Die eine ist der amerikanische Kredit. Wer nüchtern rechnet, kann sich sagen: der Kredit, den Deutschland beanspruchen müßte, um seine Wirtschaft zu rangieren, beläuft sich in so viele Hundert Milliarden, daß selbst das reiche Amerika nicht imstande ist, diese Beträge zu leihen, zumal die amerikanische Bourgeoisie, soweit sie leistungsfähig ist, zunächst den bisherigen Bundesbrüdern, voran Frankreich, Italien und Belgien, wird helfen müssen.

Die andere Hoffnung aber ist, daß die deutsche Bourgeoisie quasi als Zwischenmeister des englisch-amerikanischen Kapitals funktionieren würde, das heißt Rohstoffe importieren, im Lohn Ware herstellen und diese dann wieder exportieren würde. Auch der Weg ist nicht gangbar, schon deswegen nicht, weil ihn die deutsche Bourgeoisie nicht gehen kann, wenn sie nicht ihre Existenz selbst verneinen will. Wird sie nur englisch-amerikanischer Zwischenmeister, so hat sie überhaupt aufgehört Herrin des eigenen Kapitals zu sein.

Sehen Sie auf dieses gesamte Bild der wirtschaftlichen und politischen Lage, so müssen Sie sagen: die Krise, die politisch und wirtschaftlich Deutschland zerrüttet hat, ist mit dem Frieden von Versailles und mit der Annahme der deutschen Verfassung nicht beendet. Die Krise, die der Krieg hervorgerufen hat, die zeichnet sich in ihren schwersten Folgen erst am Horizonte ab. Wir stehen nicht am Schlusse, wir stehen am Anfang der großen Krise, die der Krieg über Deutschland und über die Welt hereingebracht hat. Wir stehen objektiv erst am An-

sang der Krise, und wir stehen auch subjektiv erst am Anfang der Krise. Denn all die großen Schichten, die bisher der deutschen Revolution fernstanden, sie werden erst mit fortschreitender Krise merken, was der Krieg und was die Krise für sie bedeutet. Erst der Steuerzettel wird dem Bauer sagen, was der Kapitalismus ihm gebracht hat. Erst der Steuerzettel, die notwendige Reduzierung der Gehälter, die steigende Verarmung wird dem Mittelstand, den Beamten sagen, was der kapitalistische Krieg ihnen gebracht hat. Nicht die Tatsache, daß wir ihnen Reden halten, wird diese Schichten in die Revolution treiben; die Folgen, die sie am eigenen Leib spüren, die erst werden sie zu uns ins Lager der Revolution bringen.

Und nun ist bei allem die Frage die, wie hat sich in dieser Situation das Proletariat, wie hat sich die kommunistische Partei zu verhalten. Die Gesamtlage des Proletariats ist klar. Bis jetzt hat es äußerlich Niederlage um Niederlage erlitten, ist die Konterrevolution von Stufe zu Stufe gestiegen. Seine Lage und seine Aufgabe ist gezeichnet in den Worten von Marx: „Nicht in seinen unmittelbaren tragikomischen Errungenschaften brach sich der revolutionäre Fortschritt Bahn, sondern umgekehrt in der Erzeugung einer entschlossenen, noch mächtigen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreifte.“

Hier ist die Aufgabe der kommunistischen Partei klar umschrieben. Sie muß den Kern bilden für die entschlossene revolutionäre Umsturzpartei.

Mächtig hat sich die Konterrevolution aufgebaut. Barbarischer denn je wirkt sie mit Belagerungszustand und Koskergarden, mit Mord und mit Kerker, mit Knebelung der Presse und mit dem Schrecken der Justiz, mit „Volksgerichten“ und mit Kriegsgerichten, mit Streikbrechergarden und mit dem moralischen Meuchelmord der Verleumdung. Politisch und wirtschaftlich, eines ins andere verschlingend, wie Faschinen eines Walles, hat die Konterrevolution einen Stütz errichtet: die kommunistische Partei ist berufen, die Truppen zu führen, die diese Burg nehmen sollen. Und wir müssen ohne Beschönigung und ohne Haß und ohne Übertreibung feststellen, inwiefern die Partei dieser Aufgabe gerecht geworden ist, und wir müssen ohne Haß und ohne Abstreitung feststellen: die Partei ist dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Partei befindet sich in einem Zustand schwerster Zerrüttung; die Partei ist von ihrem klaren Wege, den Marxistische Theorie ihr vorschreibt, abzuweichen im Begriff. Die Partei ist hineingeraten in eine schwere Krankheit, die ich bezeichne mit einem Worte: Syndikalismus. Und ich gehe weiter. Diese syndikalistische Krankheit ist nicht von außen in unsere Partei hineingetragen worden, sie ist innerhalb der Partei entstanden, und sie hat ihren Sitz in Hamburg.

Das Ihnen zu beweisen, wird jetzt meine Aufgabe sein. Denn erst wenn Sie von dieser Krankheit überzeugt sind, werden Sie sich überzeugen lassen, daß wir alle Mittel anwenden müssen, um die Partei von dieser Krankheit zu heilen.

Was ist der Kern der syndikalistischen Theorie? Der Syndikalismus geht von der Tatsache aus, daß der Proletarier wirtschaftlich ausgebeutet wird in den Betrieben. Auf dieser an sich richtigen Tatsache baut der Syndikalismus seine Theorie auf. Ein einfaches Rezept. Wenn alle Proletarier sich nicht mehr ausbeuten lassen, dann fällt alle politische Unterdrückung, alle Unfreiheit und Knechtung ohne weiteres dahin. Und wie hebt der Proletarier die wirtschaftliche Ausbeutung auf? Auch hier das einfachste Mittel der Welt: der Proletarier läßt sich nicht mehr aus-

beuten, er streift, er sucht seine Genossen mitzureißen in den Generalkstreik und aus diesem Generalkstreik heraus, mag auch sein einer Serie von Streiks, wird an dem „großen Abend“, wenn infolge Zerstörung der Wirtschaft durch den Streik die Bourgeoisie zusammenbricht, in „direkter Aktion“ der Sozialismus herauswachsen, fix und fertig und vollendet, wie die Minerva dem Haupte des Jupiter entsprang.

Der Charakteristika des Syndikalismus im Gegensatz zum Kommunismus sind also drei.

Der Syndikalismus sieht in der Revolution einen rein ökonomischen Vorgang. Wird der Proletarier, sagen die Syndikalisten, nur in den Betrieben ausgebeutet, so kann er sich auch nur in den Betrieben befreien. Wir Kommunisten aber sagen: Freilich geht die Ausbeutung nur in den Betrieben vor sich, aber die Mittel, mit denen die Bourgeoisie das Proletariat zur Ausbeutung zwingt, sind politische Mittel. Die Staatsgewalt mit allen ihren Ausdrucksformen, Polizei und Militär, Presse und Gerichte, Parlament und Propaganda sind die Mittel, mit denen sie des Proletariates Nacken unter das Joch beugt. Diese politischen Mittel müssen wir mit politischen Mitteln bekämpfen: die erste Etappe in dem Befreiungskampf des Proletariats ist für uns die Eroberung der politischen Macht und deren Ausübung in diktatorischem Wege. Der Syndikalismus lehnt den Kampf um die politische Macht ab: wir stellen ihn in den Vordergrund.

Zweitens: weil der Syndikalismus in der Revolution einen rein ökonomischen Kampf sieht, verwirft er alle politischen Mittel auf Seiten des Proletariats als schädlich, und am meisten verwirft er die politische Partei. Wir Kommunisten aber sehen, weil wir den politischen Kampf voranstellen, in der politischen Partei das Lebensprinzip der Revolution und in der kommunistischen Partei die Führerin des revolutionären Kampfes.

Drittens: die Syndikalisten sehen im Generalkstreik das A und das O der Revolution; in ihm beginnt und endigt sie. Dauern den Generalkstreik propagieren, die Massen für den Generalkstreik sammeln, eine Organisation schaffen, die den Generalkstreik führen kann: das ist revolutionäre Tätigkeit. Wir Kommunisten aber sagen: Es gibt für die Revolution kein Rezept. Revolution heißt dauernder politischer und wirtschaftlicher Kampf. Kampf in allen Formen und Kampf mit allen Mitteln. Kein Mittel ist uns zu klein und keines ist uns zu groß. Man kann nicht ein Mittel als alleiniges propagieren, weil ein Mittel sich aus dem andern ergibt, weil die größere Aktion aus der kleineren herauswächst, weil die Klasse des Proletariats nicht für ein Mittel geschaffen, sondern zum Gebrauch aller Mittel sich entwickeln muß, weil auch das friedliche Mittel des Generalkstreiks, die „direkte Aktion“, nicht die Revolution erfüllen kann, sondern weil der Generalkstreik über sich hinauswachsen muß in den Generalkaufstand, in den Aufstand des gesamten Proletariats. Man kann, mit einem Wort, die Revolution nicht mechanisch machen mit einem gepriesenen Patentmittel, sondern Revolution ist der organisch sich gestaltende Befreiungsprozeß der gesamten proletarischen Klasse, mit allen Mitteln, auf allen Wegen, an allen Orten.

Und viertens: weil wir Kommunisten in der Revolution den gesamten politischen Kampf des Proletariats sehen, der sein Ziel nur erreichen kann durch Zusammenfassung der gesamten Kräfte des Proletariats, suchen wir die Zusammenfassung zu erreichen durch straffste Zentralisation der kommunistischen Partei, die die Kämpfe führen soll. Der Syndikalismus,

der in der Revolution nur die ökonomische „Befreiung“ und den ökonomischen Kampf sieht, sieht sein Werk schon als erfüllt an, wenn auch nur die Arbeiter der Betriebe in den Kampf um den Betrieb treten. So sind wir Kommunisten zentralistisch, die Syndikalisten aber sind föderalistisch.

Und nun wollen wir sehen, ob Hamburg noch kommunistisch ist oder nicht.

Die Grundlage der ganzen Hamburger Theorie ist, daß die politische Revolution nunmehr beendet sei, und daß an die Stelle der politischen Revolution nunmehr getreten sei die ökonomische Revolution.

So sagt Wolfheim in seiner Broschüre „Betriebsorganisation oder Gewerkschaft“: „Die deutsche Revolution, die sich in ihren politischen Formen am 9. November des vorigen Jahres vollendet hat — — — — —“ — das heißt, daß die Revolution in ihren „politischen Formen“ nunmehr beendet ist — und „daß die proletarische Revolution im wesentlichen „eine ökonomische Revolution sei, die die Aufgabe hat, die ganze Ökonomie, die ganze Wirtschaftsform von Grund auf umzuwälzen. Wenn die politische Revolution sich vollzog auf der Straße, so konnte das die ökonomische Revolution nicht. Sie konnte sich nicht durch bewaffnete Aktion „vollziehen, sondern sie hatte sich dort zu vollziehen, wo der wirtschaftliche Prozeß wurzelt — in den Betrieben.“

Es ist also ein ökonomischer Vorgang, diese Revolution, und sie hat auch ein ökonomisches Ziel, das Wolfheim wie folgt beschreibt: „Die kapitalistische Wirtschaft zu zerstören . . . durch eine fortgesetzte Kette weiter und weiter um sich greifender revolutionärer Massenstreiks, die einen „Industriezweig nach dem andern erfassen, die die Wirtschaft des ganzen Landes erschüttern und endlich die kapitalistische Klasse zwingen zum Eingeständnis ihres Bankrotts. Bankrott ist sie schon heute, aber die Veruche aufgeben, sich aufs neue zu erholen, ein Eingeständnis ihrer Unfähigkeit geben, das tut die kapitalistische Klasse nicht. Das kann sie nicht, das hieße Selbstmord begehen.“

Ich rede nicht von dem Widerstand, der in diesen beiden letzten Sätzen liegt, wo im letzten Satze davon die Rede ist, die Bourgeoisie könne das Eingeständnis ihres Bankrotts nicht abgeben, während im ersten Satze gesagt ist, daß das Ziel der Revolution sei, die Bourgeoisie zum Eingeständnis ihres Bankrotts zu zwingen. Ich rede nur von dem Gesamtbilde, das in diesen Sätzen von dem Wesen und dem Gang der Revolution gegeben ist. Danach ist die politische Revolution tot, das heißt die Revolution, die nach dem politischen Ziele der Diktatur des Proletariats strebt, ist erledigt. An ihre Stelle ist getreten eine ökonomische Revolution, die ihre Stätte hat in den Betrieben, das heißt in dem Eise des Wirtschaftsprozesses und die sich bedient allein der wirtschaftlichen Mittel, das heißt des revolutionären Massenstreiks, und die ihr Ziel erreicht nicht durch Eroberung der politischen Macht, sondern durch Zerstörung der Wirtschaft und durch das Eingeständnis ihres Bankrotts von seiten der Bourgeoisie.

Hier ist in jedem Gedanken wiedergegeben das Bild, das sich die Syndikalisten von der Revolution machen. Ein rein ökonomischer Vorgang, der alle Politik und alles Politische beiseite läßt.

In diesem Zusammenhange wird Ihnen zunächst klar, welche andere Gesicht die Frage des Antiparlamentarismus erhält dann, wenn ihn die Hamburger vertreten. Und nur in diesem Zusammenhange wird Ihnen die ganze Schärfe des Gegensatzes klar, der in der Frage des Parlamentarismus zwischen uns und den Hamburgern besteht.

Sie glauben in Ihrer Mehrheit, daß wir momentan und in Anbetracht der jetzigen Situation der Revolution auf die Anwendung parlamentarischer Mittel verzichten können. Darüber ist eine Debatte möglich, darüber können wir uns verständigen. Denn es ist ja auch nach unserer Auffassung möglich, daß in einer besonderen Lage der Revolution ein solcher Verzicht eintreten könne. Und die Frage ist nur die, ob gegenwärtig eine solche Lage sei oder nicht. Zwischen den Hamburgern aber und uns besteht der Gegensatz, daß die Hamburger als Syndikalisten die Anwendung jedes parlamentarischen Mittels verschmähen deswegen, weil das parlamentarische Mittel ein politisches Mittel ist, weil es das Proletariat ablenkt von der, wie die Syndikalisten sagen, ökonomischen Revolution und hinführt zur Auffassung der Revolution als einem politischen Vorgang, als einem Kampf um politische Ziele.

Die Hamburger verneinen den Parlamentarismus, weil er politisch ist. Und Sie, die heute parlamentarische Tätigkeit ablehnen, lehnen sie ab, obgleich Parlamentarismus politisch ist.

Und wie jedes politische Mittel verneint der Syndikalismus und verneinen die Hamburger das wichtigste politische Mittel, dessen sich das Proletariat bedienen kann, nämlich die Partei.

In diesem Zusammenhange wird die Frage der Allgemeinen Arbeiterunion, die wir in anderem Zusammenhange auf dieser Tagung besprechen werden, von einer ganz besonderen Bedeutung. Denn für die Hamburger bedeutet die Allgemeine Arbeiterunion die Organisationsform, die nicht nur die ökonomische Revolutionsform tragen und führen soll, sondern die zugleich dazu bestimmt ist, die politische Partei, die nach syndikalistischer Auffassung wenn nichts Schädliches, so doch ein Überflüssiges ist, abtöten soll.

Da möchte ich eines vorausschicken. Die Allgemeine Arbeiterunion, das heißt nach Hamburger Ausdrucksweise „die proletarische Klassenorganisation, die alle Proletarier umfassen soll“, oder „die allgemeine Klassenorganisation aller Proletarier“, die die Hamburger als sozusagen funkelnagelneu aus Amerika bezogen haben, ist weder ein Hamburger noch ein amerikanisches Patent. Sie ist nicht das Neueste auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung und Arbeiterorganisation. Sie steht nicht am Schlusse der Entwicklung der Arbeiterschaft, sondern an ihrem Anfang. Der Gedanke von der „one big union“, der einen großen Arbeitervereinigung, entstand in England in der Chartistenbewegung und ist mit der Chartistenbewegung selbst als eine Unmöglichkeit zu Grabe getragen worden. Und die Tatsache, daß in Amerika heute der Gedanke der one big union, der einen großen Organisation, die alle Proletarier zu umfassen habe, noch Anhänger hat, ist kein Beweis für die Fortgeschrittenheit der amerikanischen Arbeiter, sondern ein Beweis dafür, wie unter den besonderen Verhältnissen Amerikas die amerikanische Arbeiterschaft theoretisch, ökonomisch und politisch zurückgeblieben ist. Die Tatsache, daß der revolutionäre Teil der amerikanischen Arbeiterschaft noch in diesen Illusionen befangen ist, ist nur ein Widerspiel der Zurückgebliebenheit der amerikanischen Arbeiterbewegung überhaupt, die auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß sie auf der anderen Seite noch einen Compers erträgt und sich von ihm führen läßt.

Was ist nun nach Hamburger Auffassung die Aufgabe der one big union, der Allgemeinen Arbeiterunion gegenüber der Partei? Ich habe hier

einen Artikel, unterzeichnet von dem Maler Heinrich Vogeler, den die Kommunistische Arbeiterzeitung am 30. September 1919 veröffentlicht hat. Dort heißt es: „Daß das Wachsen der Arbeiterunion den Tod aller Parteien zur Folge hat, ist in ihrem Wachstum logisch bedingt. Denn auf ihrem Boden wird sich, wie in Amerika, die völlige Einigung des Proletariats vollziehen.“

Wenn nun zu dieser Stelle ein Redakteur der Hamburger Arbeiterzeitung (Zwischenruf Laufenberg: Fritz Wolfheim ist der Redakteur) die Bemerkung gemacht hat, dieser Auffassung über die zukünftige Rolle der Partei stimme die Redaktion nicht zu, so weiß der Genosse Wolfheim, der diesen Zusatz gemacht hat, offenbar nicht, was in anderen Nummern seiner Zeitung, wie ich annehme, er selbst über die Rolle der Arbeiterunion und der Partei geschrieben hat.

In der Nummer vom 31. Juli 1919 schreibt die Hamburger Arbeiterzeitung: „Die proletarische Klassenorganisation kann erst wirtschaftliche und politische Einheitsorganisation sein, wenn ihr Aufbau vollendet ist. Bis zu diesem Zeitpunkt bedarf sie einer besonderen politischen Partei, die ihren Hauptzweck sieht in der Propaganda der Einheitsorganisation und des Räteystems. Die Kommunistische Partei propagiert die proletarische Einheitsorganisation und das Räteystem, um sich mit der Verwirklichung ihrer Forderung selbst als politische Partei aufzuheben. Die Kommunistische Partei wird mit der Verwirklichung der proletarischen Klassenorganisation aufhören, neben ihr als Partei zu bestehen.“

Damit hat die Hamburger Schule unserer politischen Partei das Urteil gesprochen: sie ist wert, daß sie zugrunde geht.

Und wenn auch die Hamburger Syndikalisten sagen, daß diese Partei nicht von heute zu morgen zerstört sein soll, so ist sie doch heute schon daran, den Lebensnerv dieser unserer Partei schon heute zu ertöten. Einmal dadurch, daß sie versucht, die Partei herauszudrücken von ihrem eigentlichen Felde der revolutionären Aktion, und sie hervorzudrücken zu einer losen Propagandagesellschaft. Das Wort Propagandagesellschaft ist keine böswillige Erfindung von mir, es ist wörtlich das, was die Hamburger Schule vertritt.

So sagt Wolfheim bereits in dem oben zitierten Satz, daß die Partei lediglich die Aufgabe habe, der Propaganda der Einheitsorganisation und des Räteystems. Und wenn demgegenüber der Genosse Wolfheim sich etwa darauf berufen will, daß das — wie er sich ausdrückt — „eine unglückliche Formulierung“ sein soll, so weise ich darauf hin, daß er genau dasselbe gesagt hat auf der Bezirkskonferenz von Bremen.

Nach dem Bericht des Bremer Kommunisten vom 27. September 1919 hat Wolfheim dort ausgeführt, daß die Kommunistische Partei aus einer Partei der Aktion, die sie im November gewesen ist, sich gewandelt habe zu einer Partei der Propaganda. Aktionen seien ganz und gar Angelegenheit der Masse geworden. Sie werden geführt von der Allgemeinen Arbeiterunion und politisch orientiert von der Kommunistischen Partei.

Das also soll jetzt die Aufgabe der Kommunistischen Partei sein, Flugblätter liefern, Artikel liefern, Schlagwörter liefern, kurzum die Propaganda liefern dafür, daß in der Allgemeinen Arbeiterunion jener unklare

Mischmasch von Proletariern, die sich „zum Räteystem bekennen“, von „unbewußten Proletariern“ sich vereinige zu einem Ziel, das niemand erkennen kann. Nicht nur im Ziel soll unsere Partei verkümmert werden, sie soll auch jetzt bereits verkümmert werden in ihrer Existenzform. Diese verstaubte Form, in der die Partei soll abgetötet werden, das ist der Föderalismus.

Die Syndikalisten wissen ganz genau, weshalb sie den Föderalismus predigen für die politische Organisation. Sie wissen ganz genau, daß der Föderalismus für die Einheit und Geschlossenheit der Partei und für die entschlossene politische Aktion des Proletariats den Tod bedeutet, und aus der Erkenntnis und aus ihrem Willen heraus, daß man die politische Partei töten müsse, predigen die Hamburger den Föderalismus.

So schreiben sie in der Nummer vom 31. Juli 1919: „Alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter und die ganz oder fast proletarischen Angestellten haben sich zusammenschließen in einer Betriebsorganisation, die mit den Betriebsorganisationen aller Betriebe der gleichen Industrie auf föderalistischer Grundlage nach Industriegebieten über das ganze Land zusammengeschlossen ist. Alle föderalistisch zusammengesetzten Organisationen aller Industrien vereinigen sich auf föderalistischer Grundlage zu der großen einheitlichen proletarischen Klassenorganisation, die in ihren föderalistischen Sektionen den wirtschaftlichen Teilkampf als Ganzes, den politischen Endkampf führt.“

Das also ist die Lehre, die die Hamburger aus zwölf Monaten deutscher Revolution, aus Tausenden von Leichen und aus einer Reihe von Niederlagen der deutschen Revolution gelernt haben, die darauf beruhen, daß das Proletariat zu einer einheitlichen Aktion noch nicht sich aufschwang: daß man in föderalistische unzusammenhängende Gebilde das Proletariat zerschlagen müsse.

Und wie denken sich überhaupt die Hamburger Syndikalisten den Gang der Revolution? Sie haben es verstanden, sich mit der Löwenhaut des Erzradikalismus zu bekleiden, und es ist höchste Zeit, darnach zu sehen, ob hinter dieser Löwenhaut ein Löwe oder ein Esel sichberge. Darüber gibt uns der geistige Zwillingbruder des Genossen Wolfheim, der Genosse Laufenberg, Aufschluß.

In seiner Broschüre über die Hamburger Revolution gibt der Genosse Laufenberg Ausführungen wieder, die er im Dezember 1918 gemacht hat. Er spricht dort folgendermaßen: „Wolle man die Revolution in geordneter Weise fortführen und doch die politische Macht der Arbeiterklasse sichern, wolle man der Verschärfung der Klassegegensätze und die Gefahr, dem Bürgerkrieg vorzubeugen, so biete sich dazu nur ein Weg...“

„Um beiden Möglichkeiten (der Ausfall von rechts und von links) und dem notwendig daraus entstehenden Bürgerkrieg vorzubeugen, müsse einerseits an der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse in vollem Umfang festgehalten werden, um die Sozialisierung zu sichern. Auf der anderen Seite aber müsse dem Bürgertum die Möglichkeit gewährt werden, entsprechend seiner zahlenmäßigen Bedeutung, Gang, Art und Form der Sozialisierung mit zu beeinflussen. Die Berufung der Konstituante bedeutet grundsätzlich die Infragestellung der politischen Macht der Arbeiterklasse und führe zur Wiederherstellung der politischen Macht“

„der Bourgeoisie, wenn die Arbeiterklasse nicht geschlossen als Klasse „und einig in den Wahlkampf gehe. Zur Konstituante, nach der die „Bourgeoisie förmlich schreie, dürfe daher nicht greifen, wer an der politischen Macht der Arbeiterklasse festhalte, wohl aber könne man neben „das Herrschaftsorgan der Arbeiterklasse, neben einem Zentralrat der „Räte ein aus allgemeinen Wahlen hervorgehendes Parlament stellen, „das unter der Kontrolle der Arbeiterregierung und mit fest umrissenen „Befugnissen dem Bürgertum einen gewissen Spielraum gewährt und es ihm ermöglicht, beim Fortgang der Sozialisierung sein Interesse zur Geltung „zu bringen.“

Das also ist der Hamburger Erzradikalismus, und das steckt hinter dem wüsten Geschrei vom prinzipiellen Antiparlamentarismus, mit dem die Hamburger nun seit Monaten die Partei erschüttern.

In den Leitfähen, die die Zentrale Ihnen über den Parlamentarismus vorlegt, ist gesagt: „Die Kommunistische Partei Deutschlands steht also dem Parlamentarismus als einem Mittel zur Ausübung einer Klassenherrschaft grundsätzlich ablehnend gegenüber.“ Damit haben wir unseren Standpunkt gegenüber dem Parlamentarismus klar präzisiert. Heute, wo es sich für uns darum handelt, die politische Macht zu holen, müssen wir uns jedes politischen Mittels, auch des Parlaments, bedienen. Hat aber das Proletariat die Macht, so lehnen wir es ab, so, wie die Hamburger taten und tun, diese Macht mit der Bourgeoisie zu teilen. Was die Hamburger wollen, das ist nicht der Mischmasch, den die U. S. P. will, das ist noch etwas ganz anderes. Die U. S. P. will die Verankerung des Räte-systems im Parlamentarismus. Der Genosse Laufenberg hat ein neues Patent, die Verankerung des Parlamentarismus im Räte-system, um der Bourgeoisie zu erlauben, „beim Fortgang der Sozialisierung sein Interesse zur Geltung zu bringen“. Redet Karl Rautsky, redet Hilferding anders? Was steckt hinter all dem Hamburger Geschrei, das wie so erblutiger Radikalismus sich anhört und gelten will? Nichts anderes als der Traum von der friedlichen Revolution, der Revolution Hand in Hand mit der Bourgeoisie, der Revolution mit dem Räte-system in der einen und dem Parlament in der anderen Hand, der Revolution im Wege der Verständigung mit der Bourgeoisie über die Interessen der Bourgeoisie beim Fortgang der Sozialisierung. Die Abgrenzung, die wir vornehmen müssen, ist keine Abgrenzung nach links, sie ist eine nach rechts.

Es ist wörtlich das, was Karl Marx zeichnet mit folgenden Worten: „Die Klasse der Kleinbürger träumt die friedliche Durchführung ihres Sozialismus, abgesehen etwa von einer kurzatigen 2. Februar-Revolution. Ihr erscheint natürlich der kommende geschichtliche Prozeß als die Anwendung von Systemen, welche die Denker der Gesellschaft, sei es in Kompagnien, sei es als einzelne Erfinder, aussinnen oder ausgedenken haben. So werden sie die Elektriker oder Adepten der vorhandenen sozialistischen Systeme des doktrinären Sozialismus, der nur so lange der theoretische Ausdruck des Proletariats war, als es noch nicht zur freien geschichtlichen Selbstbewegung sich fortentwickelt hat.“

Systeme, die die Hamburger „Denker“, sei es einzeln, sei es in Kompagnien, erfunden haben, beherrschen die Hamburger Politik. Anstelle

des großen geschichtlichen Prozesses der Revolution tritt ein System. Die Revolution ist aufgelöst in einen Organisationsprozeß. Warum ist für die Hamburger die Revolution verloren gegangen? Der Genosse Wolfheim findet darauf die Antwort: „Wären die deutschen Proletarier „nicht daran gewöhnt gewesen, ihren Führern zu folgen, hätten sie vor „Stimmen nicht Sprache und Denkfähigkeit verloren, dann würden sie „wohl wenigstens in dem Augenblick (das heißt am 9. November) sich „die Frage vorgelegt haben, was nun geschehen solle, um die eroberte „Macht zu behaupten... Die Proletarier sind nicht auf den Gedanken „gekommen, daß es notwendig war, die Macht nun auch fest zu verantern, sie neu zu organisieren.“

Das ist nach Wolfheim'scher Denkmethode das Ergebnis der deutschen Revolution. Die Proletarier „sind nicht auf den Gedanken gekommen“ und haben nicht die „richtige Organisationsform“ gefunden. Darum konnten sie die Macht am 9. November nicht halten.

So einfach ist für uns Marxisten der revolutionäre Prozeß nicht. Die Organisationsform, deren das Proletariat im Augenblick fähig ist, kann nicht das Produkt auch noch so großer Köpfe sein, auch nicht solcher wie der Hamburger „Denker“. Und wenn die Proletarier nicht auf die notwendigen Gedanken am 9. November „gekommen“ sind, so lag es nicht daran, daß die Hamburger „Denker“ ihnen die Gedanken nicht sagen konnten, sondern der Grund lag tiefer.

Daß Organisationsform und Denken des deutschen Proletariats in der Revolution versagten, das ist historisch begründet in der Jahrtausende alten Sklaverei des Proletariats, ist historisch begründet dadurch, daß diese sich selbst befreiende Klasse sich erst in langem, schweren Ringen ihres Weges bewußt werden muß, und begründet darin, daß erst die gewaltige Schule der Revolution die Kämpfe und die Siege, die Niederlagen und das Verbluten, das Anstürmen und das Zurückweichen des Proletariats erheben können zu der Höhe der Auffassung seiner Aufgabe und seiner Pflichten, daß es versteht, die Macht zu ergreifen, und daß es versteht, die Macht auszuüben.

Das ist unsere Auffassung vom Gang der Revolution. Nicht eine Organisationsform, die irgend ein Hamburger Schlaumeier als neueste Erfindung mit aus Amerika gebracht hat, kann das Werk der Revolution verrichten, sondern nur der Wille, der Glaube, der Opfermut und die Klarheit der großen Massen selbst, aus denen sich das notwendige „Denken“ und die „Organisationsform“ ganz von selbst ergeben.

Und wie können diese Massen zu diesem großen Ziele geführt werden? Auch darin haben wir Marxisten unsere Meinung. Und diese Meinung ist: nicht eine Gruppe von Schlaumeiern und ausgeruhten Köpfen, die „einzeln oder in Kompagnien“ Systeme oder Organisationsformen erfinden, können die Führer des Proletariats in diesem Befreiungskampf sein. Die Führer des Proletariats sind jene selben Proletarier, die die tiefste Einsicht erlangt haben in die Lage und in die Ziele des Proletariats, die den energischsten und sichersten Willen haben zur Erreichung dieser Ziele. Die müssen sich vereinigen in einer Partei, und diese Partei ist die kommunistische. Hier ist die Führungsschicht des Proletariats beieinander, die in jeder einzelnen Aktion, die an jedem Tag und in jeder Stunde dem Proletariat in seinen Kämpfen vorangeht, ihm die Wege zeigt und ihm die Ziele weist.

Das ist die historische Aufgabe, die unsere Partei hat, und wer nach zwölf Monaten der Revolution diese Führerschicht, die sich gebildet hat und bildet, zerstören will, der sie auflösen will zugunsten eines wirren Breies von unbewußten, ihrer Ziele und ihrer Lage nicht klar bewußten Proletariern, der begehrt Hochberrät an der Revolution und will, daß alle die Berge von Leichen, daß alle Opfer und alle Seufzer, die das Proletariat in diesen Monaten gebracht hat, umsonst gebracht seien.

Und ich sage weiter: die Lage unserer Partei ist so geworden, daß sie, so wie sie ist, nicht weiter bleiben kann. Die Partei droht zerrüttet zu werden, sie ist lahm geworden. Die Meinungen sind verwirrt, wir haben keine Klarheit mehr in unseren Reihen, und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte. Und hier muß Wandel geschaffen werden. Was auch kommen mag, das Schlimmste, wenn es käme, es könnte nicht schlimmer sein als das, was ist.

Aus diesem Grunde legt ihnen die Zentrale die Leitfähe vor, von denen Sie Kenntnis genommen haben. Sie enthalten nichts Neues, sie enthalten das, was unter denen sich von selbst verstehen sollte, die überhaupt in einer politischen Partei vereinigt sind. Sie enthalten das Bekenntnis zum Kommunismus und enthalten das Bekenntnis zur kommunistischen Partei.

Wir legen Ihnen diese Leitfähe vor in vollem Bewußtsein dessen, was ihre Annahme oder Ablehnung bedeutet. Wir müssen über das Leben und die Existenz der Partei entscheiden und über mehr. Denn nicht die Augen unserer Parteigenossen allein sind auf Ihre Entscheidung gerichtet. Die Fragen, die Sie heute entscheiden, sind von der größten Bedeutung für die ganze 3. Internationale. In allen Ländern, in Frankreich und Italien zumal, stehen dieselben Auseinandersetzungen bevor wie die, die heute bei uns notwendig ist. Und ich wage zusagen: daß wir den syndikalistischen Schreibern in unserer Partei so weiten Spielraum gelassen haben, hat heute schon der 3. Internationale den empfindlichsten Schaden zugefügt. Woran hat sich der Anschluß der Schweizer Partei an die 3. Internationale zerbrochen? An nichts anderem als daran, daß es der dortigen Rechten möglich war, zu sagen, die 3. Internationale sei „prinzipiell“ antiparlamentarisch.

Wir helfen, wenn wir uns auf klaren Boden stellen, auch der 3. Internationale aus Land. Die freilich eine andere Internationale ist als die, die die Hamburger sich ausmalen. Denn auch über die Internationale haben die Hamburger Syndikalisten ihre eigene Meinung.

In jenem Artikel von Heinrich Vogeler findet sich ein Satz, der von der Redaktion Fritz Wolffheims nicht verworfen, der gebilligt ist. Dort heißt es:

„Die Arbeiterunion wird die internationale Einigung des Proletariats „bereiten mit syndikalistischen Kampfmitteln zur kommunistischen Klassenlosen Gesellschaft.“

Uns Kommunisten ist die Internationale ein ander Ding. Uns ist sie die Vereinigung, die klar und stetig mit kommunistischen Mitteln auf politischen Wegen die Proletarier aller Länder zusammenführt zum großen Ziel: der politischen Erhebung der Proletarier aller Länder, der proletarischen Weltrevolution.

Wir müssen zur Klarheit hindurch um jeden Preis. Wir wissen, daß für uns schwere Stunden kommen. Nichts Schlimmeres als der Kampf zwischen feindlichen Brüdern. Und doch: selbst wenn wir tausendmal Schlimmeres erfahren müßten: die Revolution, die schon so vieles von uns gefordert hat, wird uns bereitfinden auch dann, wenn sie das schwerste Opfer von uns verlangt. Was kommt: wir werden es tragen, um der deutschen Revolution, um des Proletariats, um der Internationale willen.

Tunc cede malis, sed contra audentior ito!

Reinem Abel weich aus, gehe mutigen Schritts ihm entgegen!

Leitsätze über Kommunistische Grundsätze und Taktik.

1. Die Revolution, geboren aus der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats durch den Kapitalismus und aus der politischen Unterdrückung durch die Bourgeoisie zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Ausbeutungsverhältnisses, hat eine zweifache Aufgabe:

Beseitigung der politischen Unterdrückung und Aufhebung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses.

2. Die Ersetzung des kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisses durch die sozialistische Produktionsordnung hat zur Voraussetzung die Beseitigung der politischen Macht der Bourgeoisie und deren Ersetzung durch die Diktatur des Proletariats.

3. In allen Stadien der Revolution, die der Machtergreifung des Proletariats vorangehen, ist die Revolution ein politischer Kampf der Proletariermassen um die politische Macht.

Dieser Kampf wird mit allen politischen und wirtschaftlichen Mitteln geführt.

Die R. P. D. ist sich bewußt, daß dieser Kampf nur mit den größten politischen Mitteln (Massenstreik, Massendemonstrationen, Aufstand) zum siegreichen Ende gebracht werden kann.

Dabei kann die R. P. D. auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw.

Da aber diese Wahlen als nur vorbereitende Mittel dem revolutionären Kampf unterzuordnen sind, kann auf die Anwendung dieser Mittel in ganz besonderen politischen Situationen verzichtet werden, nämlich wenn im Gange befindliche und auf die Entscheidung gehende revolutionäre Aktionen die Anwendung parlamentarischer Mittel vorübergehend oder dauernd überflüssig machen.

Die R. P. D. lehnt daher einerseits die syndikalistische Auffassung von der Überflüssigkeit oder Schädlichkeit politischer Mittel, andererseits die Auffassung der U. S. P. ab, daß revolutionäre Errungenschaften auch im Wege parlamentarischer Beschlüsse oder Verhandlungen mit der Bourgeoisie herbeigeführt werden könnten.

4. Schon vor Eroberung der Macht ist auf den Ausbau bestehender und die Schaffung neuer Räteorganisationen das größte Gewicht zu legen.

Dabei ist zunächst freilich im Auge zu halten, daß Räte und Räteorganisationen nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. geschaffen werden können und daß sie nicht durch Statuten, Wahlreglements usw. gehalten werden können.

Sie verdanken ihre Existenz vielmehr allein dem revolutionären Willen und der revolutionären Aktion der Massen und sind der ideologische und organisatorische Ausdruck des Willens zur Macht für das Proletariat gerade so, wie das Parlament dieser Ausdruck für die Bourgeoisie ist.

Aus diesem Grunde sind die Arbeiterräte auch die gegebenen Träger der revolutionären Aktionen des Proletariats. Innerhalb dieser Arbeiterräte haben sich die Mitglieder der R. P. D. fraktionsmäßig zusammenzuschließen und zu versuchen, durch geeignete Parolen die Arbeiterräte auf die Höhe ihrer revolutionären Aufgabe zu erheben und die Führung der Arbeiterräte und der Arbeitermassen zu gewinnen.

5. Die Revolution, die kein einmaliges Schlagen, sondern das lange, zähe Ringen einer seit Jahrtausenden unterdrückten und daher ihrer Aufgabe und ihrer Kraft nicht von vornherein voll bewußten Klasse ist, ist dem Auf- und Abstieg, der Flut und der Ebbe ausgesetzt. Sie ändert ihre Mittel je nach der Lage, sie greift den Kapitalismus bald von der politischen, bald von der wirtschaftlichen, bald von beiden Seiten an. Die R. P. D. bekämpft die Anschauung, als löste eine wirtschaftliche Revolution eine politische ab.

Die wirtschaftlichen Kampfmittel sind von besonderer Bedeutung, weil sie dem Proletariat über die eigentlichen Ursachen seines wirtschaftlichen und politischen Elends in ganz besonderem Maße die Augen öffnen. Der Wert dieser Kampfmittel steigt um so mehr, als in dem Proletariat die Einsicht wächst, daß auch diese wirtschaftlichen Kampfmittel dem politischen Ziel der Revolution dienen.

Aufgabe der politischen Partei ist es, dem Proletariat den ungehinderten, auch von keiner konterrevolutionären Gewerkschaftsbureaokratie gehemmten Gebrauch dieser wirtschaftlichen Mittel zu sichern, wo nötig, selbst um den Preis der Zerstörung der Form der Gewerkschaft und Schaffung neuer Organisationsformen.

Die Anschauung, als könne man vermöge einer besonderen Organisationsform Massenbewegungen erzeugen, daß die Revolution also eine Frage der Organisationsform sei, wird als ein Rückfall in kleinbürgerliche Utopie abgelehnt.

6. Die wirtschaftliche Organisation ist die, in der die breiten Massen sich sammeln. Hier steht ein wichtiger, wenn auch nicht der einzige Sell der Masse, die den revolutionären Kampf durchführt.

Die politische Partei ist demgegenüber zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen. In der R. P. D. sammeln sich die vorgeschrittensten und zielklarsten Elemente des Proletariats, die dazu berufen sind, in den revolutionären Kämpfen voranzugehen.

Im Interesse der Einheitlichkeit, geistigen Schulung und Aberein Stimmung dieser Führerschicht müssen sie in der politischen Partei vereinigt sein.

Die syndikalistische Meinung, daß diese Vereinigung der zielklarsten Proletarier in einer Partei nicht notwendig sei, daß vielmehr die Partei gegenüber den wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats zu verschwinden habe, oder in ihnen aufgehen müsse, oder daß die Partei ihre Führung in revolutionären Aktionen zugunsten von Betriebsorganisationen usw. aufgeben und sich auf Propaganda beschränken müsse, ist gegenrevolutionär, weil sie die klare Einsicht der Vorhut der Arbeiterklasse durch den chaotischen Erieb der in Gärung geratenen Masse ersetzen will.

Die Partei kann aber dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn sie in revolutionären Epochen in straffster Zentralisation vereinigt ist. Föderalismus in solchen Zeiten ist nur die versteckte Form für die Verneinung und Auflösung der Partei, weil Föderalismus in Wirklichkeit die Partei lähmt. Ebenso wie für die politische ist für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats straffte Zentralisation erforderlich. Der Föderalismus in wirtschaftlichen Organisationen macht einheitliche Aktionen der Arbeiter unmöglich. Die R. P. D. verwirft jeden Föderalismus.

7. Mitglieder der R. P. D., die diese Anschauungen über Wesen, Organisation und Aktion der Partei nicht teilen, haben aus der Partei auszuscheiden.

Leitsätze über den Parlamentarismus.

I.

1. Das Parlament ist neben anderen ein Mittel der herrschenden Klassen zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht. Wie gegen die politische Macht der Bourgeoisie überhaupt, führt das Proletariat auch gegen dieses politische Mittel der Bourgeoisie einen Kampf, der bis zur Vernichtung der politischen Macht der Bourgeoisie und bis zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat dauert.

2. Wie alle anderen Mittel der Bourgeoisie zur Ausübung und Aufrechterhaltung der politischen Macht zerstört werden müssen — Bureaokratie, Gerichtsorganisationen, weiße Gardien usw. — so wird auch das Parlament mit diesem Zeitpunkt zerstört werden. Während andere Organisationen nach Ergreifung der Macht durch das Proletariat in neuer Form und neuem Geist werden aufgebaut werden müssen — so Gerichtsorganisation, militärische Macht usw. — wird das Parlament dauernd zerstört bleiben. Seine Funktionen im Stadium nach der Eroberung der politischen Macht werden durch die Arbeiterräte völlig ersetzt. Denn in der ersten Epoche nach der Machtergreifung, der Epoche der proletarischen Diktatur, bedarf das Proletariat der schärfsten und konzentriertesten Willensanspannung zur Aufrechterhaltung seiner Macht, — die Räteorganisation ist dann der klarste Ausdruck des Willens des Proletariats zur Macht, wie die Macht selbst. Ein Parlament, das lediglich ein Mittel einer herrschenden Minderheit ist, einer beherrschten Mehrheit die Demokratie vorzuspiegeln, ist in dieser Epoche, in der die herrschende Mehrheit, das Proletariat, der beherrschten Minderheit von Kapitalisten, Spekulanten und Gegenrevolutionären gegenübersteht, nicht mehr vonnöten.

In der zweiten Epoche aber, der klassenlosen Gesellschaft, ist das Parlament, ein Mittel der Klassenherrschaft, völlig undenkbar.

Die R. P. D. steht also dem Parlamentarismus als einem Mittel zur Ausübung einer Klassenherrschaft grundsätzlich ablehnend gegenüber.

3. Im gegenwärtigen Zeitpunkt handelt es sich für das Proletariat nicht darum, wie es seine politische Macht ausübe, sondern darum, wie es zur politischen Macht gelange. Den Kampf um diese politische Macht führt das Proletariat mit allen ihm gegebenen politischen und wirtschaftlichen Mitteln. Die Tatsache, daß eine Epoche größerer und größter Kämpfe — Massendemonstrationen, Massenstreiks, offener Aufstand —

gekommen ist, zwingt das Proletariat noch nicht, auf kleinere Mittel, zu denen auch die Ausnutzung der Parlamente gehört, dauernd zu verzichten. Sind solche große Kämpfe entbrannt, so treten solche kleineren Mittel von selbst in den Hintergrund.

Sind die großen Kämpfe ohne entscheidenden Sieg abgeklaut, oder sind sie in Vorbereitung, so treten naturgemäß die kleineren Mittel in den Vordergrund. Lediglich diese Erwägung ist für die Stellung der R. P. D. zur Frage der Anteilnahme an Wahlen und parlamentarischen Aktionen entscheidend. Die Frage ist eine rein taktische.

4. In keinem Falle kann durch das Parlament und durch die parlamentarische Aktion, durch parlamentarische Abstimmungen und Mehrheitsbeschlüsse die politische Macht errungen werden. Wie die Bourgeoisie im Falle ungünstiger parlamentarischer Beschlüsse zu andern Mitteln greifen würde, um die politische Macht sich zu erhalten, so muß auch das Proletariat sich gewärtig sein, daß es andere Mittel ergreifen muß, um sich die politische Gewalt zu holen. Nur die großen Aktionen der Massen: Demonstrationen, Massenstreik, Aufstand — bringen die Entscheidung. Die Teilnahme an parlamentarischer Wahl und Tätigkeit dient allein dem Ziel, jene Aktionen agitatorisch und organisatorisch vorzubereiten.

5. Damit ist auch der ganze Unterschied der Stellung der R. P. D. und der U. S. P. D. in der Frage der Parlamente gekennzeichnet. Die Teilnahme der U. S. P. zielt auf Errungenschaften und Erfolge innerhalb des Parlaments. Der R. P. D. sind die „positiven“ Erfolge nebensächlich, ihr Ziel liegt außerhalb des Parlaments. Die U. S. P. verspricht sich von den Beschlüssen des Parlaments einiges oder alles. (Verankerung der Verfassung.) Die R. P. D. verspricht sich von den Beschlüssen nichts. Die U. S. P. sieht in den parlamentarischen Aktionen den Ersatz für revolutionäre Kämpfe, die R. P. D. in ihnen ein Mittel ihrer Herbeiführung. Die U. P. bedient sich des Parlaments zur Einwirkung auf die herrschenden Klassen, die R. P. D. zur Einwirkung auf die Massen.

6. In Anwendung dieser Grundsätze wird die R. P. D. über Beteiligung an Wahlen Beschluß fassen, sobald an sie die Notwendigkeit herantritt.

Parlamentarische Vertreter, die in ihrer Tätigkeit diesen Grundsätzen zuwiderhandeln, sind von ihren Organisationen abzurufen.

II.

Nicht nur die Tätigkeit innerhalb der Parlamente, sondern nach Lage der Verhältnisse auch das Ausscheiden aus den Parlamenten können von revolutionärer Wirkung auf das Proletariat und ein revolutionärer Akt sein.

Die Kommunisten in den Parlamenten haben dementsprechend in entscheidenden politischen Konflikten entweder auszuscheiden oder ihren Ausschluß aus den Parlamenten durch die Bourgeoisie herbeizuführen.

Das Ausscheiden soll in den Augen der gesamten Arbeiterschaft als revolutionäre Aktion erfaßt werden und zur Auslösung der revolutionären Massenaktion führen.

Ihre Tätigkeit ist auf die Herbeiführung solcher Konflikte zu richten.

Leitsätze über die Gewerkschaftsfrage.

1. Hatte schon vor dem Kriege das Anwachsen und die Konzentration der Kapitalien, deren Zusammenfassung und einheitliche Leitung in Krüften, Syndikaten und Arbeitgeberverbänden die gewerkschaftliche Politik der kleinen Reformen, der Lohnverbesserungen und Tarifverträge vor eine Mauer gestellt, so ist mit dem Zusammenbruch des deutschen Imperialismus und mit dem Beginn des offenen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit diese Politik völlig ausstichlos geworden.

Die Zerrüttung, in die die Wirtschaft durch den Krieg geraten ist, die unerträgliche Schuldenlast gegen In- und Ausland, die Entwertung der Mark und damit die Unmöglichkeit, fehlende Rohstoffe in rationeller Weise zu beschaffen, die Unmöglichkeit, gegenüber den Verpflichtungen an das Ausland das Inland mit genügend heimischen Rohstoffen zu versehen, die Unmöglichkeit, aus dem In- oder Ausland genügend Nahrungsmittel zu beschaffen, die Unmöglichkeit, der dauernden Entwertung der Zahlungsmittel, dem damit verbundenen Sinken des Reallohnes, der damit verbundenen Notwendigkeit, die Lohnsätze wieder zu erhöhen, neue Banknoten zu drucken, und damit neue Entwertung der Mark herbeizuführen: das alles zwingt einerseits die Bourgeoisie, die Ausbeutung der Proletarier bis zur äußersten Grenze zu treiben, und gestaltet andererseits die ökonomische Lage der Bourgeoisie so, daß jeder Versuch, diese äußerste Ausbeutung zu verhindern, das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem zum Einsturz zu bringen droht. Jeder Versuch der Besserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats, sei es Verkürzung der Arbeitszeit, sei es Erhöhung des Reallohnes, sei es Schutz gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, geht dem Kapitalismus ans Leben.

Ja noch mehr. Um seiner Weiterexistenz willen ist der Kapitalismus gezwungen, die Lage des Proletariats noch zu verschlechtern, die Ausbeutung noch über die derzeitigen Grenzen hinauszutreiben. Schon die Abwehr solcher Maßnahmen, wie Herabsetzung der Stundenlöhne, Herabsetzung der Arbeitszeit, Wiedereinführung der Akkordarbeit usw. sind für den Kapitalismus tödlich. Er muß, wenn er leben will, schärfer ausbeuten als bisher.

2. In klarer Erkenntnis dieser Tatsachen hat die Bourgeoisie es längst aufgegeben, von „rein wirtschaftlichen“ Kämpfen zu reden und die Staatsgewalt als quasi neutral beiseite zu lassen. Bisher nur geheim und unterdrückt, heute direkt und offen sind die politischen Gewalten in den Dienst der ökonomischen Ausbeutung gestellt. Koszegarden, die die Ausständigen mit Maschinengewehren in die Fabriken treiben, staatlich organisierte Streikbrechergarden, die in bestreikten Betrieben Dienste tun, Belagerungszustand, Kriegsgerichte, Preßverbote usw. sind das Zeugnis dafür.

3. Nicht nur deswegen, weil jeder wirtschaftliche Kampf heute von der Bourgeoisie mit politischen Mitteln, steigend bis zur Massenerschießung geführt wird, sondern aus denselben objektiven Gründen wie die Bourgeoisie, erkennt auch das Proletariat, daß heute jeder wirtschaftliche Kampf nicht nur ein politischer ist, sondern ein revolutionärer, weil er, mag er wollen oder nicht, das kapitalistische Gebäude zu sprengen droht. Die von den deutschen Gewerkschaften bisher verfolgte Politik der rein wirtschaftlichen Kämpfe, der politischen Neutralität und der „Ablehnung“ des politischen Massenstreiks ist durch die Tatsachen überholt.

4. Aus dieser Einheit von wirtschaftlichem und politischem Kampf — beides nur Erscheinungsformen eines und desselben revolutionären Kampfes — folgt keineswegs die Notwendigkeit einer Einheit von politischer und gewerkschaftlicher Organisation.

Die politische Organisation der R. P. hat zur Aufgabe die Sammlung der vorgeschrittensten Elemente der Arbeiterschaft auf der Grundlage des Programms der R. P. D.

Die wirtschaftliche Organisation hat zur Aufgabe die Sammlung des gesamten Proletariats, das das Objekt kapitalistischer Ausbeutung ist. Grundlage der politischen Organisation ist der gemeinschaftliche Wille zur Erreichung eines künftigen politischen Zustandes.

Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation ist die Tatsache eines bestehenden wirtschaftlichen Zustandes.

Aufgabe der politischen Organisation ist die Führung im politischen Kampfe. Diese Aufgabe kann von einer Minderheit gelöst werden.

Aufgabe der wirtschaftlichen Organisation ist die Durchführung des Kampfes selbst; diese Aufgabe kann nur von geschlossenen proletarischen Massen gelöst werden.

Der wirtschaftlichen Organisation fallen im Stadium des Aufbaues besonders schwierige Aufgaben zu; die politische Partei kann aus sich diese Aufgaben nicht lösen.

5. Aus dieser grundsätzlichen Verschiedenheit ergibt sich auch das Verhalten gegenüber den Gewerkschaften.

Die politische Partei der R. P. D. konnte sich dadurch bilden, daß jene vorgeschrittensten Elemente sich von der S. P. D. bzw. U. S. P. D. lösten und die eigene Partei bildeten; die Aufgabe der Führung entstehender Aktionen war ihr trotzdem und eben deswegen möglich.

Die Herausnahme der vorgeschrittensten Elemente aus dem gewerkschaftlichen Heerhaufen des Proletariats lähmt und unterbindet die Schlagkraft der Massen, nimmt aus ihnen den Gärstoff und hemmt so den Ausbruch und die Durchführung revolutionärer Massenkämpfe überhaupt.

6. Die wirtschaftliche Massenaktion allein kann nicht das Werk der Revolution vollenden. Sie kann nicht zum unmittelbaren Siege des Proletariats führen, kann vielmehr nur dadurch, daß sie die Massen zusammenfaßt und in Bewegung bringt, die revolutionäre Aktion zu höheren Formen, d. h. zum Generalaufstand, zum Aufstand des gesamten werktätigen Volkes hinaufführen.

Von dieser Auffassung ausgehend, daß die wirtschaftliche Aktion nur ein Glied in der Gesamtktion der Massen ist, verwirft die R. P. D. jene Formen des wirtschaftlichen Kampfes, die nicht Massenaktion, sondern Individualakt sind. Sie verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel, das durch individuellen Akt die Aktion der Massen zu ersetzen sucht, in Wirklichkeit aber durch Akte individuellen Terrors die Aktion der Massen lähmt.

Von diesem Gesichtspunkt aus bedarf auch das Mittel der passiven Resistenz einer besonderen Würdigung. Die passive Resistenz im gegenwärtigen Augenblick, als Ausdruck der herabgesetzten Ernährung und durch Krieg und Hungersnot hervorgerufenen physischen und psychischen Erschöpfung ist eine natürliche gesellschaftliche Erscheinung und ein Akt berechtigter Notwehr des Proletariats.

Ein Mittel jedoch, durch dessen Ausübung das Proletariat die Macht erobern könnte, ist sie nicht. Im Gegensatz zum Streik, der einer Steigerung zur Demonstration, zum Massenaufstand, zum Generalaufstand und



damit zum endgültigen Siege fähig ist, ist die passive Resistenz einer solchen Steigerung nicht fähig, und sie führt daher ganz von selbst zu einer Verflachtung der wirtschaftlichen Kämpfe.

7. Die Tatsache, daß die Gewerkschaften heute zu einem Werkzeug der Bourgeoisie und der Gegenrevolution geworden sind, ist keine Organisationsfrage. Sie ist lediglich das Widerspiel der Tatsache, daß das Proletariat in seinen weiten Schichten sich über seine Klassenlage und über die Mittel zu deren Änderung, kurzum über Wesen und Ziel der Revolution noch nicht im klaren ist. Diese Änderung der geistigen Konstitution des Proletariats würde auch nicht dadurch herbeigeführt werden, wenn man die Proletarier aus der einen Organisation herausnahm und sie einer andern zuführte.

Dieser Umwandlungsprozeß kann vielmehr nur durchgeführt werden einerseits durch unermüdete Agitation und Aufklärung in diesen Massen und innerhalb ihrer Organisation, andererseits aber — und im wesentlichsten durch die praktische Schule des Kampfes; des wirtschaftlichen Kampfes gegen das Unternehmertum — in dem die Gewerkschaftsbureaokratie immer ausgesprochenener auf der Seite des Kapitals stehen wird — als auch des organisatorischen Kampfes gegen die Gewerkschaftsbureaokratie selbst.

Diese Aufgabe und dieser Kampf können nur erfolgreich durchgeführt werden, wenn die Mitglieder der R. P. D. in engster Fühlung mit diesen Massen bleiben und nicht davonlaufen. Die R. P. D. steht aber im Einzelaustritt einen individuellen Akt, der mit Rücksicht auf die verbleibenden Massen sehr schädlich wirken kann.

8. Die konterrevolutionäre Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Gewerkschaftsbureaokratie hat einen Grad von Gefährlichkeit erreicht, daß unmittelbare Maßnahmen dagegen notwendig sind.

Die R. P. D. empfiehlt daher, den Kampf gegen die Gewerkschaftsbureaokratie aufzunehmen mit dem Ziele, die konterrevolutionäre Gewerkschaftsbureaokratie von den Massen zu isolieren. Zu diesem Zweck schließen sich die Kommunisten innerhalb der Ortszahlstellen fraktionsmäßig zusammen und führen den Kampf mit ihr innerhalb und, wenn es sein muß, außerhalb der Gewerkschaft.

9. Wo es sich um einheitliche geschlossene Wirtschaftskörper handelt, wie im Bergarbeiterrevier von Rheinland-Westfalen, oder wie bei den Eisenbahnern, wo also zwischen Wirtschaftskörper und Berufsweig ganz oder nahezu Identität herrscht, kann mit diesem Kampfe der Kampf um die neue Organisationsform der Betriebsorganisation verbunden werden. In diesen, ihrer Natur nach in riesenbetrieben vereinigten Gewerken bedeutet die Betriebsorganisation nicht nur eine neue Organisationsform, sondern hier ist auch diese Betriebsorganisation ohne weiteres möglich.

In allen andern Fällen aber, namentlich da, wo die Gewerke sich ihrer Natur nach in vielen Betrieben verzetteln, so etwa Transportarbeiter, Holzarbeiter, teilweise Metallarbeiter usw., kann diese neue Organisationsform nicht die Plattform für den Kampf abgeben, weil deren Durchführbarkeit je nach örtlichen und beruflichen Verhältnissen sich richtet.

10. Im einen wie im andern Falle darf der Kampf niemals ein rein organisatorischer werden. Auch dieser gewerkschaftliche Kampf ist dem höheren Ziel unterzuordnen, die Masse als solche durch diesen Kampf auf eine höhere Stufe politischer und ökonomischer Erkenntnis ihrer Lage zu erheben. In diesem Zusammenhang ist es besonders erforderlich, die ge-

werkschaftliche Theorie und Praxis der „rein wirtschaftlichen“ Kämpfe, der Verwerfung der politischen Massenaktion (Kölnener Kongreß usw.) grundsätzlich zu bekämpfen.

Der Zweck dieser Kämpfe ist also ein zweifacher:

direkt: die Sabotage des wirtschaftlichen Kampfes durch die Bureaokratie zu brechen;

indirekt: die Masse des Proletariats über seine jetzige Indolenz und Schwäche hinauszuführen.